

Feministische Frauenarbeitsgemeinschaft LISA

Antrag an die 1. Tagung des Bundesparteitages der LINKEN 24./25. Mai in Cottbus

Halbe-Halbe: Einhaltung der satzungsmäßigen Mindestquotierung

Der Parteitag bekräftigt den politischen Willen, in der LINKEN die Mindestquotierung für Ämter und Mandate zu erfüllen. Er sieht die Schwierigkeiten in der Praxis bei einem Frauenanteil von 38 Prozent auf Bundesebene, knapp 24 Prozent im Westen und bei nur 18 Prozent Frauen unter den Neueintreten. Er unterstreicht : die Vorstände auf allen Ebenen tragen Verantwortung dafür, dass die Mindestquotierung verwirklicht und mit Leben erfüllt wird. Das beginnt mit dem Parteivorstand und macht folgende Aufgaben erforderlich:

1. In Kooperation mit den Ländern legt die Bundesgeschäftsstelle bis Ende 2008 eine **Bestandsaufnahme** über den Anteil von Frauen in Parteigremien und Linksfraktionen vor und eine **Bilanz**, wie weibliche Parteimitglieder die Bedingungen ihrer aktiven Teilnahme am Parteileben beurteilen.
2. Gemeinsam mit den Landesvorständen fordert der Parteivorstand die Landesverbände auf, dass diejenigen Kreisverbände, die bei Vorstandswahlen die Mindestquotierung nicht eingehalten haben, ein Konzept erarbeiten, wie die nicht besetzten weiblichen Vorstandsmandate schnellstmöglich nach gewählt bzw. besetzt werden können.
3. Der Parteivorstand legt dem nächsten Parteitag der LINKEN einen **Plan** mit Zielvorgaben mit einem Katalog vor, der verbindliche, abrechenbare Maßnahmen und konkrete Verantwortlichkeiten enthält dazu, wie mehr Frauen als Mitglieder für DIE LINKE gewonnen, wie sie durch eigene Räume und Strukturen gestärkt und wie Gremien- und Leitungspositionen geschlechtergerecht geteilt werden.
4. In allen Dokumenten und Veröffentlichungen der Partei muss eine geschlechtssensible Sprache benutzt und die Auswirkung und Begründung unserer Politik aus der Geschlechterperspektive bedacht werden.
5. Unter Einbeziehung der Frauenstrukturen und von Vertreterinnen und Vertretern aus Partei und Bewegungen erarbeitet der Parteivorstand **einen Vorschlag**, wie der Anspruch der Partei, „feministisch und antipatriarchal“ zu sein, mit Leben erfüllt werden kann. Dabei prüft er, welche Aspekte gegebenenfalls einer wissenschaftlichen Aufarbeitung bedürfen, damit die LINKE ihre Politik, Praxis und Strategie auf einer Analyse der Geschlechterverhältnisse in der heutigen Zeit gründet.

Begründung:

Zu mindestens 50 Prozent sind die Vorstände der LINKEN in Bund und Ländern weiblich quotiert, die Quotierung wird für die Wahllisten der Fraktionen im Europäischen Parlament, Bundestag sowie Landtagen eingehalten. Trotzdem hat DIE LINKE ein Quotenproblem. Auf Bundesebene ist unser Erscheinungsbild derzeit eher männlich geprägt. In zahlreichen Kreisvorständen, Kreistagsfraktionen, Fraktionen in Städten und Gemeinden in Ost und West wird die Quote nicht eingehalten. Kreisdelegiertenkonferenzen beschließen z.B. eine recht große Zahl von Kreisvorstandsmitgliedern, besetzen dann aber nur die anteiligen Männerplätze, während einige Frauenplätze „unbesetzt“ bleiben. Das ist zwar nach §10 (4) unserer Satzung möglich, das kann und darf aber keine Dauerlösung sein.

Die 50%-Mindestquote sichert die Präsenz von Frauen. Sie schafft Räume, die Frauen besetzen können. Sie ist ein wichtiges Instrument, damit Frauen sich in die Politik einbringen können.. Auch die Wählbarkeit der LINKEN hängt für viele Frauen und Männer davon ab, welchen Einfluss Frauen auf die Politik unserer Partei haben und wie sie an den Spitzen vertreten sind.

Die Quote ist ein politisches Mittel, kein Ziel. Sie ist aber wichtig, um die Sichtweise und die Erfahrungen von Frauen zur Geltung zu bringen. Sie ist ein Instrument, um uns selbst davor zu schützen, wieder in alte, tief verankerte Verhaltensweisen und Denkstrukturen zu verfallen. Die Vision einer emanzipatorischen Gesellschaft muss die Linke auch in sich selbst verwirklichen. Zur Zeit werden wir nicht als diejenigen wahrgenommen, die an einer Überwindung des Patriarchats arbeiten.

Wir erwarten vom Parteivorstand, dass er seine Verantwortung für die in Programm und Satzung festgelegten Gleichheitsrechte erfüllt. In einem ersten Schritt erfordert dies, die Gründe für die Ablehnung der Quote unter unseren Parteimitgliedern zu erforschen und zu dokumentieren. Ein systematischer Plan zur sozialgerechten Umgestaltung der Geschlechterverhältnisse und ihrer Demokratisierung auch innerhalb der Partei ist ein deutliches Signal für die Entschlossenheit des Vorstandes, Frauen dazu zu ermutigen, ihren Einfluss auf die Politik zu sichern. An den Stellen, an denen Fragen offen bleiben, greift die im Antrag formulierte wissenschaftliche Analyse der Geschlechterverhältnisse.